

Bundesministerium
für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
z. Hd. Hrn. Dr. Harald Mahrer
Stubenring 1
1010 Wien

Unser Zeichen: GEG/RIN

DW: 21557/21384

Fax-DW:

Datum: 17.07.2017

Sehr geehrter Herr Bundesminister Mahrer!

Mit der Überreichung von über 22.000 gesammelten Unterschriften haben wir bereits vor einem Jahr im Zuge der von der GPA-djp und PRO-GE gestarteten BürgerInneninitiative zum Schutz der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie unter Beweis gestellt, dass uns der Erhalt dieser für Europa und Österreich so entscheidenden Leitindustrie wie auch die Interessen der Beschäftigten darin ein besonders wichtiges Anliegen sind.

Auch heute noch sehen wir die hohe Anzahl an Arbeitsplätzen, gleichsam wie die auf sozialpartnerschaftlichen Anstrengungen fundierten hohen Standard in der Stahlindustrie, durch weltweite Wettbewerbsverzerrung hochgradig gefährdet. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass chinesische Importe einfach durch Importe aus anderen Ländern außerhalb der EU ersetzt werden bzw. der chinesische Stahl "neue Wege" findet.

In diesem Zusammenhang können wir die im März dieses Jahres von der Europäischen Kommission getroffene Entscheidung in keiner Weise nachvollziehen, wonach trotz der Tatsache, dass Dumpingpraktiken nachgewiesen wurden, keine vorläufigen Antidumpingzölle in der Rechtsache AD635 betreffend warmgewalzte Flachbandstahl aus den Ländern Serbien, Iran, Russland, der Ukraine und Brasilien verhängt wurden.

Zwar wird argumentiert, dass diese Entscheidung auf der Grundlage von vermeintlichem "Unionsinteresses" getroffen wurde, in der Tat steht sie aus unserer Sicht jedoch in scharfem Gegensatz zu der von der Kommission selbst proklamierten Entschlossenheit, die Handelsverteidigungsinstrumente der EU während der Stahlkrise wirkungsvoll anzuwenden.

Vor diesem Hintergrund sind wir der Auffassung, dass es zur Förderung der industriellen Beschäftigung in Europa unumgänglich ist, eine umfassende Unterbindung unlauteren Wettbewerbs sicherzustellen und in diesem Sinn effektive Antidumpingmaßnahmen ergriffen werden müssen. Die EU darf nicht zum Dumping-Boden für die globale Überschussproduktion werden.

Wir ersuchen Sie daher dringend, Ihre Möglichkeiten als Wirtschaftsminister in diesem Dossier dazu zu nutzen, die Institutionen der EU zum konsequenten Handeln zu bewegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Karl Dürtscher
stv. Bundesgeschäftsführer

Herbert Kepplinger
Vorsitzender WB-01



Georg Grundei diplômé
Wirtschaftsbereichssekretär